

Fragen des BUND zur Kommunalwahl 2016

1. Verkehr allgemein

Die SPD hat sich immer stark für die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs und des Radverkehrs eingesetzt. Zurzeit treibt die Braunschweiger SPD das geplante Stadtbahnausbaukonzept massiv voran. Momentan befinden sich die potenziellen Ausbaustrecken in der Bewertungsphase, um die nachfragestärksten Strecken und ihre Förderwürdigkeit zu ermitteln. Ein weiterer Ausbau des Stadtbahnnetzes ist aus Sicht der SPD längst überfällig. Für die Festlegung auf einzelne Streckenabschnitte ist zunächst das Ergebnis der Bewertungsphase abzuwarten. – Durch die enge Zusammenarbeit mit dem Oberbürgermeister und den hiesigen SPD-Landtagsabgeordneten ist es nach jahrelangem Stillstand gelungen, Regionalisierungsmittel in Höhe von jährlich rund 25 Millionen Euro in die Region zu holen, mit denen unter anderem die Taktung der Regionalzüge verbessert werden kann. Außerdem möchten wir dafür sorgen, dass auch alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II in Braunschweig künftig kostenlos mit Bus und Bahn reisen können. Ein längst überfälliger Schritt zur sozialen Gerechtigkeit, der den öffentlichen Nahverkehr noch attraktiver machen wird. Darüber hinaus wurde durch die SPD der Nachtlinienverkehr am Wochenende wieder eingeführt und das Pilotprojekt emil erfolgreich vorangebracht, in dessen Rahmen bereits mehrere rein elektrisch betriebene Busse in Braunschweig im Einsatz sind.

Auch den Radverkehr hat die SPD stark nach vorn gebracht, und sie wird sich auch zukünftig für eine Weiterentwicklung und kontinuierliche Verbesserung einsetzen. Denn wir sind der Meinung, dass insbesondere für kürzere Strecken und in der Innenstadt das Fahrrad das ideale Verkehrsmittel ist. Wir werden daher auch die Fortführung des Ringgleises und den Ausbau des „Kleine-Dörfer-Weges“ intensiv weiterverfolgen.

2. Stadtstraße Nord

Bereits seit Jahren wird im Norden der Stadt über eine Verbesserung der Verkehrssituation auf der Siegfriedstraße diskutiert. Mit der Realisierung des neuen Logistikzentrums von Volkswagen konnte eine deutliche Entlastung der Straße zumindest vom Schwerlastverkehr erreicht werden. Nichtsdestotrotz besteht nach wie vor eine starke Belastung der an der Siegfriedstraße wohnenden Menschen durch den Pkw-Verkehr. Der Bau einer Stadtstraße mit Erschließungsfunktion ist daher aus unserer Sicht die geeignete Maßnahme, um eine langfristige Entlastung der Siegfriedstraße sicherzustellen. Eine effektive Reduktion der Kfz-Fahrten im nördlichen Ringgebiet erwartet sich die SPD von dem von der Nibelungen-Wohnbau-GmbH entwickelten Mobilitätskonzept, das wesentliche Maßnahmen beinhaltet, um die Anzahl der Fahrten mit dem PKW gerade im Nahbereich deutlich zu reduzieren.

3. Verkehrsbelastung in Watenbüttel

Wir sind froh, dass jetzt mit dem Vorschlag des Bundesverkehrsministeriums eine Variante ins Gespräch gebracht wird, die einen Ausgleich herstellen kann. Denn sie zerstört das Naturschutzgebiet „Braunschweiger Okeraue“ keineswegs, da sie auf Pfeilern darüber hinweggeht, sie belastet den Stadtteil Veltenhof nur sehr gering, da im Bereich der Streckenführung fast keine Wohnbebauung existiert, und sie führt direkt auf die Autobahn, was ja so gewünscht ist. Eine Streckenführung als Ostvariante lehnen wir strikt ab, da das Naturschutzgebiet dadurch erheblich beeinträchtigt würde. Die Verwaltung steht in Kontakt mit der Bürgerinitiative, um eine für alle Seiten tragbare Verkehrsberuhigung in Watenbüttel zu erreichen. Da die Planung und Umsetzung einer Umgehungsstraße mehrere Jahre dauern wird, setzen wir uns mittelfristig für Maßnahmen der Verkehrsberuhigung in Watenbüttel ein, wie z. B. die Aufstellung von Geschwindigkeitsmessenanlagen.

4. Baugebiete und biologische Vielfalt

Die Stadt Braunschweig benötigt als wachsende Stadt ausreichend Wohnraum, der auch durch die Neuerschließung von Ackerflächen als Baugebiet geschaffen wird. Gleichwohl liegt uns die Biodiversität sehr am Herzen. Sie muss gefördert werden, wo es nur geht. Deswegen schließen wir uns den von Ihnen vorgeschlagenen Kompensationsmaßnahmen, wie z. B. dem Erhalt von alten Baum- und Heckenbeständen durch Integration in Grünflächen, der Fassaden- und Dachbegrünung oder der Ausweisung von geschützten Landschaftsteilen in Randbereichen von Baugebieten, vollkommen an. Sie sind aber leider nicht immer und überall umsetzbar.

5. Baugebiete unter dem Gesichtspunkt Klimaschutz

Generell sind wir im Moment in der Situation, dass zwischen der Nutzung von Freiflächen – insbesondere für den Wohnungsbau – und den nicht zu vernachlässigenden klimatischen Auswirkungen, die jede Versiegelung von Flächen in der Stadt mit sich bringt, abgewogen werden muss. Die SPD-Ratsfraktion hat in der Vergangenheit bei zahlreichen Planungsüberlegungen dafür gesorgt, dass bestehende Grünflächen, wie z. B. Kleingärten oder Naherholungsbereiche, erhalten blieben. Durch die Fortführung des Ringgleises werden sich zudem neue klimatisch wichtige Grünbereiche heraus bilden. Außerdem werden zum Beispiel im Bereich des Nördlichen Ringgebiets mit dem Stadtanger und dem Nordpark neue Grünbereiche geschaffen, die ebenfalls für einen wichtigen klimatischen Ausgleich sorgen werden. Ein wichtiger Ausgleich für das Mikroklima in den einzelnen Stadtteilen kann zusätzlich über die Errichtung von Pocketparks und die Freigabe von ungenutzten öffentlichen Flächen für nachbarschaftliches Gärtnern (Urban gardening) erreicht werden. Dies unterstützen wir als Braunschweiger SPD.

6. Baumschutz

Der Erhalt von Bäumen und Großhölzern ist ein wichtiger Aspekt bei der Schaffung neuer Baugebiete. Aufgrund der Initiative der SPD gemeinsam mit den Grünen wurde im Rat beschlossen, dass erst nach Genehmigung des Bauantrages auf dem Baugrundstück eine Rodung erfolgen darf. Bis dahin können gegebenenfalls einzelne Bäume als Baumdenkmäler gekennzeichnet und so geschützt werden. Kleingärten sollten – sofern sie betroffen sind – in die Planungen einbezogen und in offene, nachhaltige und gemeinschaftliche Grünanlagen integriert werden. In Neubaugebieten wäre auch die Schaffung von Dachgärten denkbar. Gemeinsam mit den Wohnbaugenossenschaften könnten Mietergärten geschaffen werden. Im Großen und Ganzen wird in Braunschweig bereits sehr sorgfältig geprüft, ob ein Baum tatsächlich gefällt werden muss. Zurzeit wird die Schaffung eines ökologischen Beirates erwogen. Aufgabe eines ökologischen Beirates ist es, die Stadt Braunschweig und ihre Gremien für den Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz stärker zu sensibilisieren und den Rat der Stadt Braunschweig zu beraten.

7. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Zu der Frage „Setzen Sie sich für eine Verbesserung der Situation ein?“:

Vorstellbar ist, das Thema durch eine Anfrage im Planungs- und Umweltausschuss oder im Grünflächenausschuss in die Diskussion zu bringen. Einer Qualitätsdiskussion an dieser Stelle steht die SPD-Fraktion offen gegenüber.

Welche Maßnahmen werden Sie in den Stadtrat einbringen? Ist die Einführung eines Monitoringsystems inkl. Maßnahmenkatalog vorgesehen, die bei Handlungsbedarf umgesetzt werden?

Die Niedersächsische Verordnung über das Kompensationsverzeichnis (NKompVzVO) vom 1. Februar 2013 verpflichtet in Niedersachsen die unteren Naturschutzbehörden zur Führung eines Kompensationsverzeichnisses, in dem alle behördlich festgesetzten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen enthalten sind. Insofern erscheint aus unserer Sicht die Einführung eines zusätzlichen Monitoringssystems nicht erforderlich. Eine Möglichkeit bestünde darin, die Pflege und Unterhaltung von Ausgleichs- und Ersatzflächen im Rahmen von Patenschaftsmodellen durch Umweltverbände und -initiativen durchführen zu lassen, um so die Entwicklung der Flächen im Sinne der Biodiversität sicherzustellen. Hierzu wird die SPD-Ratsfraktion zunächst Gespräche mit der Verwaltung und anderen Fraktionen führen, um ggf. ein solches Patenschaftsmodell auf den Weg zu bringen.

8. Zuweisung von öffentlichen Plätzen an Zirkusse

Seitens der Verwaltung wird dafür gesorgt, dass die geltenden Tierschutzbestimmungen auch bei der Haltung wildlebender Tiere durch Zirkusse, die sich im Stadtgebiet aufhalten, eingehalten werden. Die Regelung eines generellen Verbots von wildlebenden Tieren in Zirkussen obliegt unserer Auffassung nach dem Gesetzgeber und ist bisher nicht ergangen. Eine unterschiedliche Handhabung dieser Problematik durch einzelne Kommunen halten wir nicht für zielführend.